

Schwäbische Zeitung



FOTO: ARNE MEYER

Schutzbunker gibt es nicht mehr
Auf Luftschläge oder nukleare Angriffe wäre die Region nicht vorbereitet. Seite 13

Viele Weingartener leiden unter Lärm
Stadtrat spricht von der „Geißel der Menschheit“. Seite 15



FOTO: ARNO BURGI

Mo.-Fr. € 2,40 | Sa. € 2,60

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Mittwoch, 6. April 2022

Mit Ihrem beliebtesten Ferienflieger direkt nach Mallorca.

Jetzt ab Friedrichshafen

Ab Sommer 2022

Wir lieben Fliegen. Condor

Neuer EnBW-Chef Schell kommt vom Bodensee

FRIEDRICHSHAFEN (ben) - Andreas Schell, aktuell noch Vorstandschef des Großmotorenherstellers Rolls-Royce Power Systems aus Friedrichshafen, soll nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa neuer Chef der EnBW, des größten Energiekonzerns Baden-Württembergs, werden. Der 52-Jährige wird Nachfolger Frank Mastiaux, der den drittgrößten Versorger in Deutschland, Ende September nach zehn Jahren verlassen wird. Die Berufung Schells soll am Donnerstag vom EnBW-Aufsichtsrat bestätigt werden. • SEITE 8

Geteiltes Echo auf freiwillige Isolation

BERLIN (AFP) - Das geplante Ende der Isolationspflicht für Corona-Infizierte ab Mai stößt auf ein geteiltes Echo. Es sei „wirklich inakzeptabel“, nur noch auf freiwillige Isolation zu setzen, sagte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bei der Vorstellung der Kriminalstatistik am Dienstag. Die Zahl der Diebstähle sei um gut zwölf Prozent und die der Wohnungseinbrüche um fast 28 Prozent gesunken. Gestiegen seien indes die Fallzahlen bei Kinderpornografie. • SEITE 4

Weniger Diebstähle und Einbrüche

BERLIN (AFP) - Die Zahl der Straftaten hat vergangenes Jahr mit knapp über fünf Millionen Delikten einen Tiefstand erreicht. Der Rückgang liege bei 4,9 Prozent im Vergleich zu 2020, sagte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bei der Vorstellung der Kriminalstatistik am Dienstag. Die Zahl der Diebstähle sei um gut zwölf Prozent und die der Wohnungseinbrüche um fast 28 Prozent gesunken. Gestiegen seien indes die Fallzahlen bei Kinderpornografie. • SEITE 4

Heute lesen Sie

Insolvenzprozess Jury in London berät



über das Strafmaß für Boris Becker Seite 9

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444
AboService 0751 / 29 555 555
Ticket Service 0751 / 29 555 777



Geht nach aktuellem Stand Ende des Jahres vom Netz: das Kernkraftwerk Neckarwestheim, 15 Kilometer südlich von Heilbronn.

FOTO: IMAGEBROKER/LILLY/IMAGO

Mehrheit für längere AKW-Laufzeiten

Energiepreise und drohende Engpässe bereiten Bürgern nach aktueller Umfrage Sorgen

Von Jochen Schlosser

RAVENSBURG - Die Zuversicht im Südwesten schwindet angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Das belegt der neue BaWü-Check, die große Meinungsumfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg. Laut der aktuellen Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach blickt nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen. 34 Prozent blicken mit ausgeprägten Befürchtungen in die Zukunft, 33 Prozent mit Skepsis. Sorgen bereiten den Menschen auch die massiv gestiegenen Energiepreise. Ein Trend, der durch den Krieg verschärft wurde.

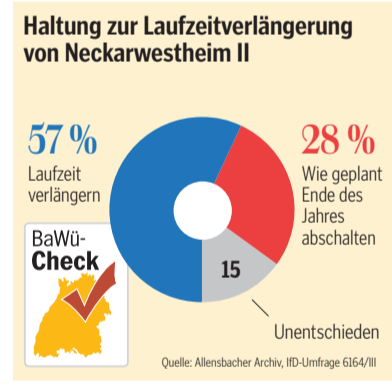
25 Prozent der Befragten gaben an, dass die höheren Tarife für Sprit und Gas oder Öl ihr Budget massiv belasten und sie dadurch in finanzielle Schwierigkeiten geraten werden. 62 Prozent der Bürgerinnen und Bürger im Südwesten nehmen diese Entwicklung jedoch gelassen hin. Die gestiegenen Preise sehen sie zwar als Belastung, die Entwicklung sei aber finanziell auszuhalten. Lediglich 13 Prozent erklärten laut der Umfrage, dass die hohen Preise sie „kaum“ belasten würden.

Das von der Ampel-Koalition präsentierte Maßnahmenpaket zur Entlastung der Bevölkerung in Sachen Energiekosten erscheint vielen offenbar nicht hinreichend. Von den angedachten Möglichkeiten ergibt

sich in Baden-Württemberg eine klare Präferenz: 69 Prozent würden sich wünschen, dass die Regierung die Steuern auf Benzin und Diesel senkt. Einen Rabatt direkt beim Tanken,

wie von der FDP vorgeschlagen, befürworten 12 Prozent, die Erhöhung der Pendlerpauschale 8 Prozent der Befragten. 11 Prozent sprechen sich dafür aus, dass der Staat gar nicht in die Preisfindung eingreift.

Überraschend deutlich fällt im BaWü-Check die Zustimmung für eine angedachte Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Neckarwestheim aus. Der Meiler geht, genau wie die beiden anderen deutschen Kernkraftwerke Isar und Emsland, zum Jahresende vom Netz. Angesichts drohender Energieengpässe sprechen sich 57 Prozent für eine Verlängerung aus, 28 Prozent sind für die Abschaltung zum 31. Dezember 2022. Unentschieden in dieser Frage sind 15 Prozent. • LEITARTIKEL, SEITE 3



Europäische Union plant Importstopp für russische Kohle

Brüssel bereitet fünftes Sanktionspaket vor – Reaktion auf Leichenfunde im Kiewer Vorort Butscha

BRÜSSEL (dpa) - Die EU-Kommission hat am Mittwoch einen Vorschlag für ein umfangreiches Paket mit neuen Russland-Sanktionen vorgestellt. Es beinhaltet nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unter anderem ein Importverbot für Kohle aus Russland, eine Hafensperre für russische Schiffe sowie weitere Handelsbeschränkungen. Ob die Sanktionen wie vorgeschlagen verhängt werden, müssen

nun allerdings erst noch die 27 EU-Staaten entscheiden.

Als Grund für die Vorschläge nannte von der Leyen explizit die am Wochenende bekannt gewordenen Gewalttaten im ukrainischen Butscha. „Diese Gräueltaten dürfen und werden nicht ohne Folgen bleiben“, sagte die CDU-Politikerin. Russland führe nicht nur einen Krieg gegen die ukrainische Armee, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung. Es sei

wichtig, in dieser Phase den größtmöglichen Druck auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die russische Regierung auszuüben. Dazu beitragen soll das Kohle-Importverbot. Von der Leyen zufolge importiert die EU jährlich russische Kohle im Wert von vier Milliarden Euro. Sie ließ am Dienstag offen, ab wann das Verbot gelten könnte. In einer weiteren Sanktionsrunde könnten nach Angaben von der Leyens

auch Ölimporte eingeschränkt oder ganz verboten werden.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte zuletzt gesagt, dass Deutschland bis Ende des Sommers frei von russischen Kohle-Lieferungen sein werde. Der Grünen-Politiker unterstütze das Importverbot grundsätzlich, hieß es am Dienstag aus Kreisen des Wirtschafts- und Klimaschutzministeriums. • SEITE 5

Unterm Strich

Bald kommt der Saugstaubhörer

Die Welt der Staubsauger und Laubsaug-Bläser ist permanent im Umbruch. Weil das Staubsaugen inzwischen vielen Verbrauchern wie die allerniedrigste Form allen Seins vorkommt, schwirren Saugroboter durch unsere Wohnungen. Kaum mehr ein Gerät, das nicht mit Akku betrieben wäre. Denn die kabelgebundene Hausarbeit widerspricht fundamental unserer Sehnsucht nach Freiheit. Das Kabel jedoch kann verheddern, verknoten und im schlimmsten Fall Stolperfallen schaffen, in die zu tapen es tunlichst zu vermeiden gilt.

In Großbritannien kommt nun ein neuer Sauger auf den Markt, der ebenfalls per Akku betrieben wird. Sein Sinn und Zweck ist das Aufsaugen und Reinigen der Umgebungsluft, bevor der Mensch, der dieses Gerät wie einen Kopfhörer mit zwei Bügeln auf dem Haupt trägt (Musik auf die Ohren inklusive), einen tiefen Atemzug nimmt. Gemäß des Herstellers, der ab Herbst mit dem Saugstaubhörer Staub auf dem Markt der Kuriositäten aufwirbeln möchte, sind dann Viren und Schadstoffe wie Stickoxide passé. Der Nutzer betrete mit dem Dingsbums auf der Birne ei-

ne wundersam beschallte Welt reiner Frischluft.

Bisweilen spricht man als Metapher für Wunderlichkeit davon, dass jemand „Luft zieht“, was nichts anderes bedeuten soll, dass eine oder einer nicht ganz dicht sei. Lioriot hat seinerzeit bereits alles Maßgebliche zum Thema Staubsaugen in Verbindung mit Wunderlichkeit abgehandelt. Darum enden wir an dieser Stelle mit dem unsterblichen Satz: „Es bläst und saugt der Heinzelmann, wo Mutti sonst nur blasen kann.“ (nyf)

untermstrich@schwaebische.de



Reinigt die Luft schon beim Hören. FOTO: DYSON GMBH/OBS/DSPA

Leitartikel

Von Jochen Schlosser



Vorerst am Netz lassen

Nachhaltig, wie die EU-Kommission verkündet hat, ist die Atomkraft nicht. Eine Technologie zur Energiegewinnung, deren strahlender Abfall nach deutschem Recht eine Million Jahre sicher gelagert werden muss, kann das gar nicht sein. Kein Wunder, dass überall, wo ein Endlager entstehen soll, protestiert wird. Spätestens als die russischen Truppen die Atomruine im ukrainischen Tschernobyl erreichten, erinnerte sich die Welt an die Katastrophe und bange. Langfristig ist der Ausstieg aus der Kernkraft richtig. Zumal Russland einer der größten Uranlieferanten der Welt ist.

Dennoch ist es sinnvoll, jene deutschen Atomkraftwerke, deren Weiterbetrieb wirtschaftlich sinnvoll ist, länger am Netz zu lassen. Pragmatisch betrachtet kommt es auf jene Zusatzmenge an deutschem Atom-müll auch nicht mehr an, wenn Neckarwestheim, Isar und Emsland über den 31. Dezember 2022 hinaus weiterlaufen. Zumal allein diese drei Reaktoren elf Prozent des deutschen Strombedarfs erzeugen und für die Grundlast wichtig sind. Das ist jene Menge an Strom, die zu jeder Tag- und Nachtzeit verfügbar sein muss.

Erneuerbare Energien werden langfristig den größten Teil des deutschen Bedarfs decken. Vor allem Gaskraftwerke hatten Bund und EU als Brückentechnologie auf dem Weg dorthin eingeplant. Angesichts der Abhängigkeit von Russland daran festzuhalten, wäre falsch. Denn Moskau kann den Gashahn schneller zu drehen als Berlin Windräder und Solarparks bauen kann. Und bis die Gaskraftwerke irgendwann alle auf grünen Wasserstoff umgestellt sind, vergehen ohnehin noch viele Jahre. Im Sinne der Versorgungssicherheit bedarf es hierzulande somit dringend einer unabhängigen Prüfung des Weiterbetriebs der Kernkraftwerke. Ansonsten läuft Deutschland am Ende Gefahr, Atomstrom aus anderen EU-Ländern zukaufen zu müssen – was geradezu paradox wäre.

Als Brücke dürfen die drei Atommeiler gerne dienen. Vielleicht rechnet es sich sogar, ein, zwei der 2021 stillgelegten Kernkraftwerke wieder hochzufahren. Doch der Weg in die Zukunft ist ein anderer.

j.schlosser@schwaebische.de

Wetter

11° bis 17°C
Die Ruhe vor dem Sturm



Börse

DAX: - 0,65%
Aktuell: 14 424,36 | Vortag: 14 518,16

Nr. 80 | B 6206



4 190620 602404 3 0 0 1 4

